

Niederschrift über die öffentliche Sitzung Nr. 10/2010

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Montag, den 12.07.2010
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

- | | |
|-------------------------------|----------------|
| 1. Bürgermeister Jürgen Karle | (Vorsitzender) |
| 2. Bürgermeister Edgar Lutz | |
| 3. Bürgermeister Kurt Selbert | |
| Eugen Bock | |
| Roland Brönnert | |
| Brigitte Haas | |
| Werner Kaute-Vogt | |
| Thomas Kleinhenz | |
| Christian Kohlhepp | |
| Joachim Lutz | |
| Jürgen Müller | |
| Astrid Mützel | |
| Stefan Schottdorf | |
| Georg Ullrich | |

entschuldigt:

Peter Görke

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt.

1. Bauantrag von Frau Andrea Schottdorf aus Waizenbach; Antrag auf Umbau des Dachgeschosses der bestehenden Scheune auf dem Grundstück FINr. 36 in Waizenbach

Beantragt wird der Umbau des Dachgeschosses an der bestehenden Scheune. Die Scheune grenzt unmittelbar an die Diebacher Straße an. Das Baugrundstück liegt innerhalb eines im Flächennutzungsplan als Mischgebiet gekennzeichneten Gebietes.

Beschluss:

Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Bauantrag von Frau Andrea Schottdorf auf Umbau des Dachgeschosses der bestehenden Scheune auf dem Grundstück FINr. 36 in Waizenbach.

Abstimmungsergebnis: **13 Ja-Stimmen**
 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

Ratsmitglied Stefan Schottdorf nahm wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

2. Antrag der evang.-luth. Kirchengemeinde Dittlofsroda auf einen Zuschuss zur Außenrenovierung der Kirche in Dittlofsroda

Mit Antragsschreiben vom 01.07.2010 beantragt die evang.-luth. Kirchengemeinde einen Zuschuss zur Außenrenovierung der Kirche in Dittlofsroda. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme (Erneuerung des Außenputzes und Dachsanierung) belaufen sich auf rund 130.000 Euro. Die Kirche in Dittlofsroda wird von den Kirchengemeinden beider Konfessionen genutzt.

Im Haushalt 2009 waren 15.000 Euro für die Außenrenovierung eingestellt. Diese wurden als Haushaltsausgabereist übertragen und stehen somit auch in diesem Jahr zur Verfügung.

Ratsmitglied Eugen Bock informiert den Gemeinderat darüber, dass die Renovierungsarbeiten an der Außenfassade nun auch auf den gesamten Kirchturm ausgedehnt werden sollen. Über die damit verbundenen Mehrkosten konnte er jedoch keine Aussage treffen.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth gewährt für die Außenrenovierung und die Dachsanierung der Kirche in Dittlofsroda einen Zuschuss in Höhe von 15.000,- Euro.

Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt gegen Vorlage der Schlussrechnungen. Weiterhin erfolgt die Bezuschussung erst nach Ausschöpfung sämtlicher eigener, zur Finanzierung vorgesehener Mittel.

Abstimmungsergebnis: **14 Ja-Stimmen**
 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

3. Oberflächenwasserableitung des nördlichen Einzugsgebietes von Schwärzelbach; Beratung über die Verbesserung der Entwässerung im Baugebiet "Urles"

Das Ingenieurbüro Perry Alka ist damit beauftragt, die Oberflächenentwässerungssituation im nördlichen Einzugsgebiet von Schwärzelbach, Bereich Urles bis zur Ellenbergstraße zu untersuchen. Nachdem die Entwässerung für den Bereich entlang der Staatsstraße zwischen Neuwirthshaus und Schwärzelbach weitestgehend geklärt ist, ist nun darüber zu beraten, ob auch der nördliche Bereich des Baugebietes „Urles“ über die Neuverlegung eines Oberflächenkanals weiter entwässert werden soll. Hierfür werden vom Ingenieurbüro zwei Lösungsvarianten vorgeschlagen. Eine Variante sieht die Kanalverlegung teilweise über Privatgrund vor. Bei der anderen Variante soll der Kanal weitestgehend im öffentlichen Grund verlegt werden. Die Kostenschätzungen des Ingenieurbüros für die Maßnahme liegen zwischen 54.000 und 78.000 Euro. Angesichts der hohen Kosten muss der Nutzen der Maßnahme jedoch äußerst kritisch hinterfragt werden. Zusätzlich ergibt sich die Problematik, dass einige Grundstückseigentümer nicht mit der Verlegung des Oberflächenkanals einverstanden sind und somit auch die Realisierbarkeit der nun vorgeschlagenen Varianten fraglich ist.

Bürgermeister Karle macht darauf aufmerksam, dass die Kosten für die Oberflächenentwässerung im Zuge der Erschließung des Baugebietes zu 90 % auf den Grundstückspreis hätte umgelegt werden können. Eine Umlegung zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch nicht möglich, sodass die vollen Kosten die Allgemeinheit belasten würden. Angesichts der fraglichen Erfolgsaussichten dieses Projekts und der wenigen Profiteure sei dieser Kostenaufwand gegenüber der Allgemeinheit nicht zu vertreten. Er und die Gemeindeverwaltung tendieren deshalb dazu die Maßnahme nicht umzusetzen.

Ratsmitglied Jürgen Müller kritisiert die Fehlplanung durch das damalige Ingenieurbüro beim Entwurf des Baugebietes. Die Oberflächenwasserproblematik sei bereits damals bekannt gewesen jedoch noch nicht in die Planung eingeflossen. Gerade bei Tauwetter käme derart viel Wasser, dass die Anwohner ohne eigene Schutzvorrichtungen befürchten müssten, dass ihre Grundstücke überflutet werden. Das ganze Wasser würde momentan der Kläranlage zugeführt und belaste diese somit mit Fremdwasser.

Außerdem wurde zu bedenken gegeben, dass die Verlegung bzw. der Anschluss des Kanals im Zuge des Staatsstraßenbaus einfacher zu realisieren sei, als zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Straße vielleicht bereits hergestellt ist. Man sollte zumindest in Betracht ziehen bereits jetzt eine Anschlussmöglichkeit vorzusehen, um später die Straße nicht wieder aufreißen zu müssen. Weiterhin wird eine andere Variante für die Kanalverlegung vorgeschlagen, die mit dem Grundstückseigentümer und dem Ingenieurbüro zunächst noch abgeklärt werden sollte, bevor man einen endgültigen Beschluss fasst.

Der Gemeinderat schließt sich weitgehend dieser Meinung an, sodass der Punkt bis zur Abklärung dieser noch offener Fragen vertagt wird.

4. Abwasseranlage Schwärzelbach; Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Mischwasserbehandlungs- und Kläranlage – Vorentwurf zur Gebietsabgrenzung

Das Ing.-Büro Hossfeld & Fischer hat erste Vorabzüge für die Machbarkeitsstudie vorgelegt. Vor der Weiterbearbeitung wären von der Gemeinde die Gebietsgrenzen zu prüfen, speziell das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Gewerbegebiet nordwestlich von Neuwirtshaus mit einem Flächenumfang von 8,9 ha. Daneben ist in Neuwirtshaus eine Wohnbaufläche von 1,6 ha ausgewiesen und im Neudorf eine Wohnbauerweiterungsfläche von rund 2 ha. Diese Flächen müssen bei der Berechnung der Kläranlagengröße und bei den Regenüberläufen berücksichtigt werden. Auf Nachfrage konnte Herr Hossfeld zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussage darüber treffen, wie sich diese Flächen auf die Kostenberechnung niederschlagen werden.

Bei der Bewertung der Gebietsgrenzen ist zu berücksichtigen, dass die Ausweisung des Gewerbegebietes bei Neuwirtshaus nur sehr schwer bei der Genehmigung des Flächennutzungsplanes durchzusetzen war. Eine Flächenzurückführung sollte daher kritisch betrachtet werden. Nachdem aber dieses Gewerbegebiet in absehbarer Zeit nicht benötigt wird, sollte bei der Festlegung der Gebietsgrenzen nur ein geringer Teil in die Berechnung mit aufgenommen werden. Das Gleiche gilt auch für die Erweiterungsfläche im Neudorf, da im Wohnbaugebiet „Urles“ noch ausreichend baureife Plätze vorhanden sind. Dies wäre ohne eine Änderung des Flächennutzungsplans möglich.

Mehrfach wird im Gemeinderat zum Ausdruck gebracht, dass eine sinnvolle Beschlussfassung eigentlich nur im Hinblick auf die daraus entstehenden Kosten erfolgen könne. Schließlich sei völlig unklar in welchem Kostenrahmen man sich hier bewege. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass für eine genaue Ermittlung der verschiedenen Kostenvarianten wohl eine Erweiterung des Auftrags für das Ingenieurbüro notwendig sei, woraus der Gemeinde auch wieder Kosten erwachsen.

Grundsätzlich sei man gegen eine Änderung des Flächennutzungsplans, so die einhellige Meinung des Gemeinderates. Daher sei es zwar notwendig Mehrkosten für die Erweiterung der Kläranlage in Kauf zu nehmen, obwohl die Realisierung der angesprochenen Baugebiet höchst unwahrscheinlich ist; auf der anderen Seite vermeide man aber die Kosten für die Flächennutzungsplanänderung und halte sich sämtlich darin enthaltenen Planungsoptionen offen. Dennoch sollte probiert werden herauszufinden welche Kostenunterschiede hieraus entstehen.

Beschluss:

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie über weitere Maßnahmen zur Mischwasserbehandlung und Abwasserbehandlung der Abwasseranlage Schwärzelbach sind für die Festlegung der Gebietsgrenzen

- das Gewerbegebiet am nordwestlichen Ortsrand von Neuwirtshaus (F07) und das Baugebiet am östlichen Ortsrand (F01) mit max. 50 % der Fläche zu berücksichtigen und

- die Erweiterungsfläche im Neudorf (F03) ist ebenfalls nur mit 50 % der Fläche anzusetzen.

Abstimmungsergebnis: **14 Ja-Stimmen**
 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

5. Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Weiterfinanzierung des Erweiterungsbaus am Feuerwehrhaus Windheim

Die am Erweiterungsbau für das Feuerwehrhaus Windheim beteiligten Vereine haben der Gemeinde mitgeteilt, dass sie, entgegen den der Gemeinde vorliegenden Informationen, nicht in der Lage sind ihren Kostenanteil aufzubringen. Die Gemeinde hatte bis dato einen Zuschuss in Höhe von 55.000 Euro gewährt. Bei Gesamtkosten von 155.000 Euro können die Vereine nun aber lediglich 25.300 Euro aufbringen, sodass eine Finanzierungslücke von rund 75.000 Euro vorhanden ist. In einer Unterredung mit Bürgermeister Karle haben die Vereinsvertreter um weitere Finanzmittel in Höhe von 50.000 Euro gebeten. Die restlichen 25.000 Euro wollen die Vereine in irgendeiner Art und Weise aufbringen.

Im Haushalt sind keine weiteren Mittel für die Feuerwehrhauserweiterung eingestellt. Durch die Verschiebung einiger anderer Investitionen und Einsparungen bei anderen Haushaltsansätzen könnte die Gemeinde Haushaltsmittel zur Finanzierung der ungedeckten Kosten bereitstellen.

Bürgermeister Karle gab dem Gemeinderat einen kurzen Überblick über die Gesamtsituation und deren Entstehung:

Bereits unter Bürgermeister Kohlhepp habe der damalige Gemeinderat beschlossen für den Erweiterungsbau am Feuerwehrhaus Windheim einen Betrag von 55.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Nach Vortrag des damaligen Ratsmitglieds Heinz Amtmann und des Ortsprechers Georg Ullrich wurden die Gesamtkosten auf 100.000 Euro beziffert. Bei der Gemeinde wurde ein Zuschuss in Höhe von 55.000 Euro beantragt, der Rest, so die damalige Aussage, würde von den Windheimer Vereinen finanziert. Derzeit stelle sich die Situation jedoch so dar, dass die 55.000 Euro von der Gemeinde verbaut seien und lediglich die Feuerwehr Windheim einen Kostenbeitrag von 11.000 Euro geleistet hat. Anschließend verliest der Bürgermeister dem Gemeinderat das komplette Antragsschreiben der Windheimer Vereine und übergibt Ortssprecher Georg Ullrich das Wort, um die Situation weiter aufzuklären.

Georg Ullrich erläutert dem Gemeinderat den Stand der Baumaßnahme und die Rahmenbedingungen. Seit 1970 habe die Gemeinde keinerlei Erhaltungsaufwand für das Gebäude betrieben, auch die laufenden Kosten seien seit jeher zu 90 % von den Vereinen getragen worden, während diese Kosten in anderen Ortsteilen von der Gemeinde getragen würden. Bisher seien 2.500 freiwillige Arbeitsstunden beim Erweiterungsbau erbracht worden, weitere 2.500 Stunden seien notwendig, um den Bau zu vollenden. Dies entspreche einer finanziellen Leistung von ca. 45.000 Euro, so Ullrich.

Desweiteren stellt Herr Ullrich dem Gemeinderat folgenden Finanzierungsplan vor, den er nach Absprache mit den Vereinsvertretern aufgestellt hat:

Die Windheimer Vereine stellen insgesamt 53.000 Euro zur Verfügung. Dies sei mit den Vereinen so abgesprochen und von den jeweiligen Vorständen bereits bewilligt. Das Geld wird in den nächsten Tagen an die Gemeinde überwiesen. Von der Gemeinde wurden bereits 55.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bei den nun reell geschätzten Gesamtkosten von 155.000 Euro verbleibt somit eine Finanzierungslücke von 47.000 Euro, die von der Gemeinde nun zusätzlich abgedeckt werden soll. Dabei gab er zu bedenken, dass auch in der Vergangenheit höhere Kosten bei Baumaßnahmen von der Gemeinde übernommen wurden.

Der Gemeinderat zeigt allgemeines Unverständnis über diese Entwicklung. Die Vorgehensweise der für den Erweiterungsbau Verantwortlichen wird scharf kritisiert und einige Ratsmitglieder fühlen sich von den Verantwortlichen eindeutig hintergangen, da für diese offensichtlich schon länger absehbar

war, dass die dem Gemeinderat ursprünglich vorgelegten Zahlen nicht stimmen und der Kostenrahmen deutlich überschritten wird. Trotzdem habe man einfach weiter gebaut und zwar ausschließlich auf Gemeindegeldern.

Zweiter Bürgermeister Lutz gibt zu bedenken, dass die Gemeinde im Falle einer Bewilligung rund zwei Drittel der gesamten Baukosten tragen würde. Unter normalen Umständen wäre die Gemeinde nie bereit gewesen eine solche Summe zu investieren. Die genehmigten 55.000 Euro waren stets als Obergrenze anzusehen. Eine darüberhinausgehende Bezuschussung sei das absolut falsche Signal für die Vereine, die ihre Baumaßnahmen, insbesondere deren Finanzierung, seriös planen und dem Gemeinderat verlässliche Zahlen vorlegen.

Hauptkritikpunkt des Gemeinderats ist jedoch der, dass die Gemeinde schlicht und einfach vor vollendete Tatsachen gestellt wird und im Grunde kaum eine andere Möglichkeit hat als weiter zu finanzieren. Entweder habe man für 55.000 Euro ein Bauruine finanziert oder man finanziert weiter, um die Fertigstellung zu ermöglichen. Da laut Ortssprecher Georg Ullrich ein „Abspecken“ oder Aufschieben einzelner Arbeiten nicht möglich ist, wird über verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten nachgedacht. Schnell ist sich der Gemeinderat einig darüber, dass man keines Falls gewillt sei, die komplette Finanzierungslücke zu decken. Seitens der Vereine seien bisher lediglich Gelder zugesagt worden, die ohnehin schon eingeplant waren. Auch an den Mehrkosten müssten sich die Vereine nun beteiligen. Eine 50:50 Lösung wird hier als faire Lösung favorisiert.

Demnach sollen von den fehlenden rund 50.000 Euro 25.000 Euro von der Gemeinde übernommen werden. Die restlichen 25.000 Euro müssten die Vereine aufbringen, notfalls über Darlehen. Hierzu wird angeführt, dass in der Vergangenheit immer wieder Baumaßnahmen von Vereinen durchgeführt wurden, wofür die Vereine ebenfalls Darlehen bei Kreditinstituten aufgenommen haben. Die Gemeinde hatte hierfür meistens Bankbürgschaften hinterlegt. Allenfalls ein Gemeindegeldleihe sei noch denkbar. Außerdem solle von den Vereinen geprüft werden, inwieweit noch Bezuschussungen seitens irgendwelcher Dachverbände möglich sind.

Eine Beschlussfassung zum Antrag der Windheimer Vereine wird abgelehnt. Bürgermeister Karle und Ortssprecher Georg Ullrich sollen mit dem Angebot des Gemeinderates weitere Verhandlungen mit den Vereinsspitzen führen.

6. Neuerlass der gemeindlichen Satzung für den Aufwendungs- und Kostenersatz nach Einsätzen und anderen Leistungen der gemeindlichen Feuerwehren

Für die Einsätze der freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde kann unter bestimmten Umständen ein Kostenersatz für Einsätze verlangt werden. Dies ist beispielsweise bei schuldhaften Handlungen oder bei freiwilligen Leistungen außerhalb des gesetzlichen Brandschutzes der Fall.

Die momentan gültige Satzung der Gemeinde stammt aus dem Jahr 1997. Die darin als Anlage aufgeführten Entschädigungssätze entsprechen nicht mehr den aktuellen Kostenberechnungen und sollten daher angeglichen werden. Der Satzungstext selbst bleibt weitestgehend unberührt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die diesem Beschluss auf Dauer beigeheftete Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen gemeindlicher Feuerwehren samt Anlage.

Abstimmungsergebnis: **14 Ja-Stimmen**
 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

7. Verschiedenes

Ratsmitglied Roland Brönner regt an, dass die örtlichen Musikvereine sich darum bemühen eine Veranstaltung des „Saale Musicum“ an die Schondra zu holen. Bei einer Veröffentlichung in der Zeitung sei aufgefallen, dass an jedem Seitenarm der Saale eine entsprechende Veranstaltung statt fände, nur an der Schondra nicht.

Vorsitzender

Schriftführer

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG. DIE TAGESORDNUNGSPUNKTE 8 – 10 WURDEN IN NICHT ÖFFENTLICHER SITZUNG BEHANDELT.